

Scenario tree reduction for optimisation under uncertainty using sensitivity analysis.

"2 Millionen deutsche Kinder an der Armutsgrenze" meldete die ARD-Tagesschau am 24.8.95 in den 20 Uhr-Nachrichten. Bereits am 17.8.95 wurde im ARD-Magazin Kontraste in einem Beitrag über Armut in Haushalten mit Kindern berichtet, daß 1,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze leben würden, und am 25.8.95 wurde in der ARD-Tagesschau in einem Beitrag über eine UNICEF-Studie, von einer 'zunehmenden Infantisierung der Armut' gesprochen. Gemeint ist damit, daß ein steigender Anteil von Kindern in Haushalten lebt, die von Armut betroffen sind. Dieser Artikel soll einen Beitrag dazu leisten, Aussagen zu diesem Thema auf eine empirische Grundlage zu stellen. Da es sich bei Armut um ein normatives Konzept handelt, erscheint es auf dem Hintergrund dieser öffentlichen Diskussion wichtig, klar herauszustellen, welche Berechnungsweisen diesen Aussagen zugrunde liegen. In Industrieländern stellt das Einkommen die zentrale Ressource für Konsummöglichkeiten, aber auch die Teilnahme an weiten Bereichen des öffentlichen Lebens dar. Von besonderem Interesse ist das gesamte Einkommen von Haushalten, das letztendlich den Haushaltsmitgliedern zur Verfügung steht. Das beinhaltet die verschiedenen Einzeleinkommen aller Haushaltsmitglieder (z.B. Arbeitseinkommen, Renten, Kindergeld, Sozialhilfe u.a.). Unterschiedliche Haushaltsgrößen werden meist durch eine Bedarfsgewichtung berücksichtigt. Der beinhaltet die verschiedenen Einzeleinkommen aller Haushaltsmitglieder (z.B. Arbeitseinkommen, Renten, Kindergeld, Sozialhilfe u.a.). Unterschiedliche Haushaltsgrößen werden meist durch eine Bedarfsgewichtung berücksichtigt. Der Bedarfsgewichtung liegt die Annahme zugrunde, daß in größeren Haushalten - als gemeinsam wirtschaftende Einheiten - der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmitglied geringer ist als in kleinen Haushalten, um ein gleichwertiges Wohlstandsniveau zu erzielen."

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudara 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert:

Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man1996s (Nationalrat, Bundesrat,